

Ferdinand Fichtner, Simon Junker, Claus Michelsen

Zur Bundestagswahl: Wie die Parteien die Investitionstätigkeit ankurbeln wollen

Deutschland befindet sich in einer andauernden Schwächephase. Die Wirtschaft ist seit dem Ausbruch der Coronapandemie nicht mehr gewachsen. Vor diesem Hintergrund stellt sich im Vorfeld der Bundestagswahl die Frage, wie die Parteien die Investitionstätigkeit ankurbeln wollen und welche Wirkungen damit erzielt werden können. Die Wahlprogramme der Parteien, die realistische Chancen auf eine Regierungsbeteiligung haben, unterscheiden sich in der Wahl der Instrumente und dem Umfang der Entlastungen für den Unternehmenssektor. Vergleichend untersucht werden die gesamtwirtschaftlichen Effekte der unterschiedlichen Maßnahmen, die Impulse für die Investitionstätigkeit sowie die Effizienz der Maßnahmen. Unter dem Strich entfalten die Maßnahmen von FDP und Union die kräftigsten konjunkturellen Impulse, während die Maßnahmen von SPD und Grünen zielgerichteter und damit effizienter sind. Insgesamt hängen die Wirkungen maßgeblich von der Höhe der eingesetzten Mittel ab.

Die deutsche Wirtschaft ist in den vergangenen fünf Jahren nicht gewachsen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag zum Jahresende 2024 in etwa auf dem Niveau des Schlussquartals des Jahres 2019. Die Dauerkrise hat unterschiedliche Ursachen: Die Folgen der Pandemie und der Energiekrise wegen des russischen

© Der/die Autor:in 2025. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

Die Autoren danken Stefan Bach, DIW Berlin, für ausführliche Diskussionen sowie die Simulation und Aufbereitung der fiskalischen Wirkungen und Verteilungswirkungen, die durch die steuerpolitischen Vorschläge der Parteien entstehen. Diese Analyse erscheint demnächst als DIW aktuell (Bach, 2025).

Angriffs auf die Ukraine haben vor allem die deutsche Industrie erheblich belastet. Lieferengpässe sorgten für Unterbrechungen der Produktion, Gewinne wurden durch spürbar gestiegene Energie- und Vorleistungskosten geschmälert. Die restriktivere Geldpolitik hat zudem die weltweite Nachfrage nach Investitionsgütern gedrückt – für die exportorientierte deutsche Wirtschaft eine besondere Belastung. Hinzu kommt die große Unsicherheit über die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik Deutschlands (Junker & Michelsen, 2024) gepaart mit globalen Unsicherheiten und einem Nachfragerückgang auf den chinesischen Märkten (Dany-Knedlik et al., 2024, S. 730).

Schwerer wiegen allerdings strukturelle Probleme und Anpassungsprozesse. Bereits deutlich vor den Krisen der vergangenen Jahre war die Industrieproduktion rückläufig. Dies betrifft Kernbereiche des Verarbeitenden Gewerbes wie die Automobilindustrie, die unter erheblichen Konkurrenzdruck geraten ist. Auch der Maschinen- und Anlagenbau muss sich immer größerem Wettbewerb aus China stellen. Konsens gibt es zudem darüber, dass die Infrastruktur an Leistungsfähigkeit eingebüßt hat und das Gründungs- und Innovationsgeschehen zu schwach ist – auch, weil die bürokratischen Belastungen hoch sind oder die Planungs- und Verwaltungsprozesse lange dauern (SVR, 2024).

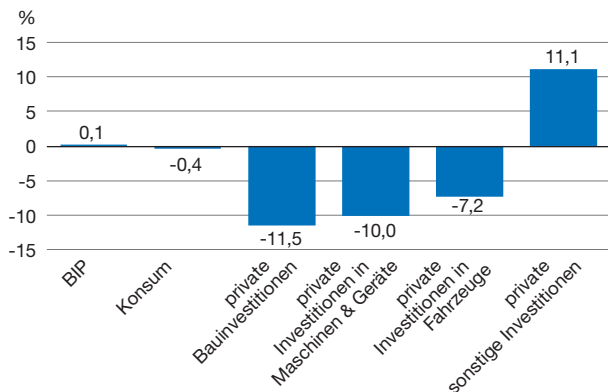
Die inländische Nachfrage ist derzeit ausgesprochen schwach. Der Inflationsdruck hat die Kaufkraft der Haushalte reduziert. Die Finanzpolitik wirkt angesichts der Konsolidierungsbemühungen zusätzlich restriktiv. Vor allem bereiten fehlende Investitionen Sorgen. Seit Jahren wird

Prof. Dr. Ferdinand Fichtner lehrt an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin.

Dr. Simon Junker ist Mitarbeiter beim Verband Forschender Arzneimittelhersteller (vfa) in Berlin.

Dr. Claus Michelsen ist Geschäftsführer Wirtschaftspolitik beim vfa in Berlin und Dozent für Wirtschaftswissenschaften an der Leuphana Universität Lüneburg.

Abbildung 1
Änderung der realen Größen zwischen dem
Schlussquartal 2019 und dem dritten Quartal 2024



Quelle: eigene Berechnungen, Statistisches Bundesamt.

die Investitionslücke im Bereich der öffentlichen Infrastruktur bemängelt (Clemens et al., 2021). Schleichend hat auch der private Kapitalstock an Modernität eingebüßt – in den letzten Jahren massiv. Gegenüber dem Jahresende 2019 – dem Höchstwert der realen Wirtschaftsleistung vor der Coronakrise – gingen die privaten Bauinvestitionen um 11,5 % zurück, die Investitionen in Maschinen und Geräte um 10 % und die in Fahrzeuge um 7,2 % (Abbildung 1). Gegenüber dem höchsten Wert der Investitionstätigkeit zum Jahresbeginn 2019 sanken die privaten Ausrüstungsinvestitionen sogar um fast 15 %. Noch drastischer sind die Investitionen in Maschinen und Geräte gesunken – sie liegen über 17 % unterhalb ihres Höchstwerts.

Deshalb ist es zu begrüßen, dass die Parteien, die realistische Chancen auf eine Regierungsbeteiligung haben, Vorschläge unterbreiten, wie die unternehmerische Investitionsdynamik gesteigert werden kann. Die Ansätze sind gleichwohl deutlich verschieden. Ihre gesamtwirtschaftliche Wirkung wird im folgenden Beitrag analysiert.

Vorschläge zur Belebung der Investitionstätigkeit

Die Parteien stimmen in ihrer Analyse überein, dass sich die Rahmenbedingungen für Investitionen in Deutschland verschlechtert haben. Betont werden dabei unterschiedliche Ursachen und Verantwortliche. Im Kern allerdings herrscht Einigkeit darüber, dass wichtige Standortfaktoren verbesserungswürdig sind. Alle Parteien betonen die hohen Bürokratiekosten, die die Produktivität schmälern. Übereinstimmung herrscht auch darin, dass wichtige Infrastrukturen an Qualität eingebüßt haben oder nicht schnell genug ausgebaut werden. Dies senkt die Effizienz des privat eingesetzten Kapitals. Auch der Fachkräftemangel wird unisono als Hemmnis für den Standort the-

matisiert. Schließlich gibt es auch eine große Einigkeit darin, dass die Energiekosten gesenkt und die Liefersicherheit erhalten werden müssen.

Große Unterschiede zeigen sich aber darin, ob und welche finanziellen Investitionsanreize gewährt werden sollen. Union (CDU & CSU, 2025) und FDP (2025) schlagen weitreichende Steuererleichterungen vor. SPD (2025) und Bündnis 90/Die Grünen (2025) setzen dagegen auf Prämien für Investitionen, die als Steuergutschrift ausgezahlt werden. Hinzu kommen Vorschläge zur Stärkung der öffentlichen Investitionstätigkeit. Die einzelnen Vorschläge unterscheiden sich grundsätzlich, aber auch bei scheinbar ähnlichen Vorschlägen liegen im Detail wichtige Unterschiede.¹

Vorschläge der CDU/CSU

Die wichtigsten Vorschläge der Union zur Stärkung der Investitionstätigkeit sind steuerlicher Natur. Geplant ist, den Körperschaftsteuersatz in vier Jahresschritten von 15 % auf 10 % abzusenken. Dies würde im Jahr 2026 die Unternehmen um rund 4,5 Mrd. Euro entlasten (2030 dürften es schließlich 20 Mrd. Euro sein, abhängig von der Ertragslage der Unternehmen). Auch die Veränderungen bei der Einkommensteuer (insgesamt geschätzt gut 30 Mrd. Euro Entlastung, davon 10 Mrd. Euro für Unternehmenseinkommen), darunter eine Senkung der Tarif-Knickstelle und eine Erhöhung der Einkommensgrenze beim Spitzensteuersatz, sowie die Abschaffung des Solidaritätszuschlags (anfänglich 5,3 Mrd. Euro) wirken sich positiv auf die Unternehmensbilanzen aus. Hinzu kommen Veränderungen bei Abschreibungs- und Verlustverrechnungsregeln, die sich auf voraussichtlich 7 Mrd. Euro Entlastungswirkung aufsummieren. Ebenfalls erheblich sind mit zusammen 6,7 Mrd. Euro die Absenkung der Stromsteuer und die Entlastung bei den Netzentgelten. Unter dem Strich und unter Berücksichtigung weiterer kleinerer Maßnahmen beabsichtigt die Union, die Unternehmen im Jahr 2026 um 28 Mrd. Euro zu entlasten.

Vorschläge der FDP

In noch größerem Umfang plant die FDP, den Unternehmenssektor steuerlich zu entlasten. Deren noch etwas weitreichendere Pläne bei der Körperschaftsteuer würden den Unternehmen ebenfalls schrittweise über einen Zeitraum von vier Jahren beträchtlichen Handlungsspielraum zurückgeben, beginnend mit 5,4 Mrd. Euro im Jahr 2026. Geplante Erleichterungen bei Verlustverrechnung und Abschreibungen schlagen mit 16 Mrd. Euro zu Buche, eine Absenkung der Stromsteuer auf den EU-Min-

¹ Die Aufkommenswirkungen der Maßnahmen basieren größtenteils auf Bach (2025).

destsatz mit 2,8 Mrd. Euro. 17,5 Mrd. Euro mehr Mittel ergeben sich für 2026 aus der Abschaffung des Solidaritätszuschlags und der deutlichen Veränderung des Einkommensteuertarifs bei den Unternehmen, insbesondere für die Spitzeneinkommen. Insgesamt plant die FDP Entlastungen, die sich anfangs auf ein Volumen von 42 Mrd. Euro belaufen dürften.

Vorschläge der Grünen

Andere Schwerpunkte setzen die Grünen. Zentraler Vorschlag des Programms ist ein Fonds, der zur Finanzierung investiver Ausgaben genutzt werden soll. Finanziert werden sollen damit unter anderem Investitionen im Bereich der öffentlichen Infrastruktur auf allen föderalen Ebenen, des Netzausbaus aber auch Investitionszuschüsse an Unternehmen. Für den Fonds ist kein Gesamtvolumen und keine zeitliche Perspektive benannt. Er dürfte aber in der Größenordnung der öffentlich diskutierten Investitionsbedarfe liegen (Dullien et al., 2024). Um die Finanzierung zu sichern, ist eine Reform der Schuldenbremse angekündigt. Konkreter ausformuliert – und in den vorliegenden Berechnungen berücksichtigt – ist eine Investitionsprämie für Unternehmen: Diese soll als Steuergutschrift – unabhängig davon, ob Gewinne erzielt werden – in Höhe von 10 % der Anschaffungskosten von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen ausgezahlt werden. Das Volumen der Prämie dürfte sich im kommenden Jahr auf rund 26 Mrd. Euro belaufen. Zudem planen die Grünen die Integration des Solidaritätszuschlags in den Einkommensteuertarif (rund 1,2 Mrd. Euro) und die Abschaffung des Solidaritätszuschlags bei der Körperschaftsteuer (rund 2,4 Mrd. Euro). Beide Maßnahmen dürften die Unternehmen steuerlich um circa 3,6 Mrd. Euro entlasten und damit die Investitionsspielräume vergrößern. Die Absenkung der Stromsteuer und die vollständige Finanzierung der Netzentgelte aus dem Fonds dürften, wie bei der Union, weitere Entlastungen für die Unternehmen mit sich bringen. Insgesamt ergeben sich Einnahmen und Entlastungen der Unternehmen in Höhe von 36 Mrd. Euro.

Vorschläge der SPD

Die SPD schlägt vor, öffentliche Investitionen aus einem Fonds zu finanzieren. Dieser soll zunächst ein Volumen von 100 Mrd. Euro haben und die Eigenkapitaldecke von öffentlichen Unternehmen stärken, die damit wiederum am Kapitalmarkt zusätzliche Mittel aufnehmen können. Notwendige Details für eine Modellierung dieses Fonds fehlen allerdings, dieser Kanal ist in den Berechnungen nicht berücksichtigt. Die SPD schlägt zudem den „Made in Germany Bonus“ vor, der als Steuergutschrift 10 % der Investitionskosten für Maschinen und Geräte unterstützt. Das Volumen dürfte sich auf rund 18 Mrd. Euro belaufen.

Zudem plant die SPD die Deckelung der Netzentgelte auf drei Cent und die Absenkung der Stromsteuer. Dies entlastet die Unternehmen, im gleichen Umfang wie bei Union und Grünen. Die geplanten Veränderungen bei der Einkommensteuer – bei der Erbschaft- und Superreichen-Vermögensteuer – hingegen belasten die Unternehmen bzw. deren Eigentümer:innen in Höhe von 1,5 Mrd. Euro. Unter dem Strich ergeben sich alles in allem dennoch Entlastungen in Höhe von 23 Mrd. Euro.

Wirkungskanäle und Modellierung

Die Unterschiede in den Wahlprogrammen sind mit Blick auf die Zusammensetzung und die geplanten Volumina erheblich. Die gesamtwirtschaftlichen Effekte können modelliert und entsprechende Maßnahmen evaluiert werden. Für die Analyse wird ein strukturelles Modell der deutschen Volkswirtschaft verwendet. Dieses bildet die Verflechtungen innerhalb der deutschen Wirtschaft ab und wird anhand vorliegender Daten der amtlichen Statistik geschätzt. Das Modell enthält dabei wesentliche gesamtwirtschaftliche Größen, wie die Investitionen in Ausrüstungen, Bauten oder Forschungsaktivitäten, die in diesem Rahmen durch Faktoren wie Zinsen, den Auslastungsgrad der Wirtschaft und Preise bestimmt werden. Dabei werden all diese Größen gleichzeitig betrachtet, um neben den direkten Effekten möglicher Gesetzesänderungen auch die Wechselwirkung zwischen allen wirtschaftlichen Größen wie der Beschäftigung, Löhnen und Zinsen erfassen zu können.²

Für die Simulation werden die beschriebenen Maßnahmen in Modellgrößen überführt (Tabelle 1). Steuersenkungen und Entlastungen bei Energiekosten steigern die Unternehmensgewinne nach Steuern, haben aber keinen direkten Einfluss auf Geschäftsmodell oder Produktionsprozesse der Unternehmen, insbesondere auf deren Kapitalintensität. Ein Teil der freiwerdenden Mittel wird an Anteilseigner ausgeschüttet. Die verbliebenen Mittel fließen in Investitionen in den heimischen Kapitalstock und in finanzielle Vermögenstitel, die zu einem guten Teil auch Auslandsinvestitionen umfassen. Niedrigere Steuern machen Deutschland für Investitionen – auch aus dem Ausland – attraktiver. Ausgeschüttete Erträge schieben den Konsum an. Beides bringt steigende Beschäftigung und zusätzliche Einkommen mit sich. Auch Veränderungen bei der Verlustverrechnung wirken in ähnlicher Weise. Entsprechende Maßnahmen werden als Änderung der Unternehmensgewinne modelliert. Welcher Teil der Gewinne in neue Anlagen investiert, zu welchen Teilen die höheren Erträge konsumiert werden und welche dynamischen Effekte sich daraus ergeben, wird im Rahmen des Modells ermittelt.

² Das Modell basiert auf Albig et al. (2016).

Tabelle 1

Minimale/maximale jährliche Aufkommenswirkung der Impulse für 2026 bis 2030

in Mrd. Euro

Maßnahme	CDU/CSU	FDP	Grüne	SPD
Absenkung Stromsteuer ¹	2,8	2,8	2,8	2,8
Absenkung Netzentgelte ²	3,9	-	3,9	3,9
Absenken der Körperschaftsteuer ³	4,5-18,0	5,4-21,6	-	-
Erleichterungen bei Abschreibungen & Verlustverrechnung ⁴	7	16	-	-
Abschaffung Solidaritätszuschlag ⁵	5,3	5,3	2,4	-
übrige Entlastungen bei der Einkommensteuer ⁵	4,7	12,2	1,2	-1,4
Investitionsprämie	-	-	25,6	17,8
Summe	28,2-41,7	41,7-57,9	35,9	23,1

Basierend auf der Bemessungsgrundlage des Jahres 2026; Die Körperschaftsteuer soll gemäß der Programme von Union und FDP in mehreren (hier unterstellt: vier gleichen) Schritten in den Jahren 2026 bis 2029 umgesetzt werden. Deshalb sind hier Spannweiten angegeben. In der Simulation steigen die tatsächlichen Aufwendungen zusätzlich weiter an, da sich auch die Bemessungsgrundlage verschiebt. Dies gilt für alle simulierten Größen.

¹ Das europäische Minimum der Stromsteuer liegt bei 0,50 Euro/MWh. Die reguläre Steuer beträgt 20,50 Euro/MWh und wurde in den vergangenen Jahren bereits für die Unternehmen des produzierenden Gewerbes abgesenkt. ² Netzentgelte variieren regional und nach Anbieter. Im ersten Quartal 2024 betrugen die durchschnittlichen Netzentgelte für Haushalte 11,62 Cent/KWh im Durchschnitt. Für gewerbliche Kunden lagen sie bei 9,42 Cent/KWh und für Industriekunden bei 4,12 Cent/KWh. ³ Die Unternehmensteuern setzen sich aus unterschiedlichen Bestandteilen zusammen. Die Gewerbesteuer und die Körperschaftsteuer sind dabei die wichtigsten Steuern. Damit die Unternehmensteuerbelastung auf unter 25 % sinkt, müsste die Körperschaftsteuer um rund 5 Prozentpunkte gesenkt werden. Sowohl CDU/CSU als auch die FDP haben angekündigt, die Senkung in mehreren Schritten zu vollziehen. Simuliert wird eine vollständige Absenkung nach insgesamt vier Jahren. ⁴ Hierunter fallen unterschiedliche Maßnahmen, z. B. der unbeschränkte Verlustvor- und Verlustrücktrag, Anpassungen bei der Abschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter oder die Aktualisierung der durchschnittlichen Abschreibungsdauern in den AfA-Tabellen. ⁵ Der Solidaritätszuschlag beträgt derzeit 5,5 % der Körperschaft- bzw. Einkommensteuer. Eine Abschaffung entlastet daher auch den Unternehmenssektor. Auch eine Veränderung des Einkommensteuertarifs entlastet Selbständige. Hierzu wurden die geschätzten Entlastungen bei der Einkommensteuer auf Grundlage von Informationen aus der Einkommensteuerstatistik auf Unternehmen (Einkunftsarten Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und selbständige Arbeit) aufgeteilt.

Quelle: eigene Berechnungen, Wahlprogramme der Parteien.

Die Investitionsprämien wirken über zwei Kanäle. *Erstens* erhalten Unternehmen, die ohnehin und unabhängig von der Prämie in Deutschland investiert hätten – der Umfang der gewerblichen Ausrüstungsinvestitionen beläuft sich aktuell auf über 250 Mrd. Euro im Jahr –, durch die Subvention einen Zuschuss, der effektiv wie eine Unternehmensteuersenkung wirkt und als Erhöhung der Unternehmensgewinne im Modell abgebildet werden kann.

Zweitens entfaltet die Prämie eine Lenkungswirkung: Sie macht aus unternehmerischer Sicht Investitionen nach Steuern und Subventionen günstiger, da die Prämie einen Teil der Investitionsausgaben subventioniert. Die Prämie wird deshalb über einen zweiten Kanal als Preisänderung für Investitionsgüter modelliert, der zusätzliche Investitionen anschiebt. Auf diese Weise wird der mit der Prämie verbundene Anreiz für die Unternehmen abgebildet, die Produktionstechnologie zu ändern, um die Kapitalintensität in der Produktion zu erhöhen. Als Analogie kann der CO₂-Preis herangezogen werden: Dieser stellt grüne Produkte relativ zu umweltschädlichen Produkten besser und verändert so das Verhalten von Unternehmen und Haushalten.

Dies trifft in ähnlicher Weise auch auf Änderungen in den Abschreibungsmodalitäten zu. Dieses Instrument wird allerdings nur von der CDU/CSU und auch hier nur in inkrementeller – dennoch sinnvoller – Form vorgeschlagen. Die angedachten Aktualisierungen der allgemeinen Nutzungsdauern von Maschinen und Geräten in den AfA-Tabellen wurden zuletzt umfassend in den 1990er Jahren vorgenommen. Angesichts der zwischenzeitlichen Veränderungen und gestiegenen Bedeutung digitaler Anteile in Anlagegütern, ist dies deshalb richtig und überfällig.

Die von den Vorschlägen der Parteien ausgehenden Impulse sind in Tabelle 1 zusammengefasst, basierend auf der Bemessungsgrundlage des Jahres 2026. Für die Folgejahre wird unterstellt, dass das Volumen der Impulse entlang der allgemeinen Wirtschaftsleistung zunimmt.

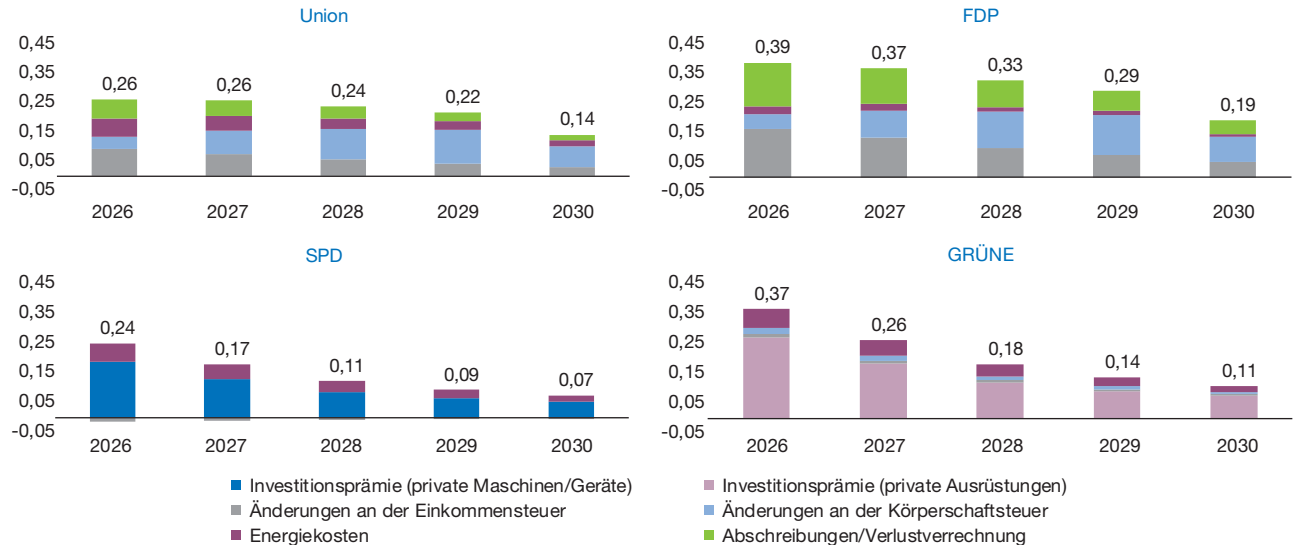
Simulation der Wirkungen

Die Wirkungen der Maßnahmen werden im Rahmen des skizzierten Modells evaluiert. Dieses setzt auf dem letzten verfügbaren Datenstand der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) auf und simuliert die Maßnahmen über einen mittelfristigen Zeitraum von fünf Jahren. In der kurzen Frist werden Produktion und Arbeitszeit im Wesentlichen durch die Nachfrage nach Gütern bestimmt, die ihrerseits von den Einkommen sowie einer Vielzahl politischer Rahmenbedingungen wie Zinsen, verschiedenen Steuern und den Ausgaben des Staates für verschiedene Güterarten beeinflusst wird. Die Unternehmen passen zudem bei schwankender Produktivität und Arbeitszeit die Beschäftigung an, womit wiederum Veränderungen bei den Einkommen verbunden sind. Auf lange Sicht ist die Produktion hingegen durch das Produktionspotenzial – also den Kapitalstock, die Bevölkerungsentwicklung und das Erwerbsverhalten sowie das Technologieniveau – festgelegt. Übergangsweise kann dieses Produktionspotenzial über- oder unterausgelastet werden, dies zieht jedoch Preisanpassungen nach sich, die in der mittleren Frist dafür sorgen, dass die Nachfrage – und damit die Produkti-

Abbildung 2

Gesamtwirtschaftliche Effekte auf die konjunkturelle Entwicklung

Abweichung in % gegenüber der Baseline



Quelle: eigene Berechnungen.

on – sich den Produktionsmöglichkeiten annähert und das Produktionspotenzial wieder normal ausgelastet wird.

Die durch die wirtschaftspolitischen Maßnahmen angezeigten höheren Investitionen verändern dabei auch das Produktionspotenzial und damit dauerhaft den Wachstumspfad. Ein erheblicher Teil der Effekte ist aber auch vorübergehender Natur und wird über die Zeit durch eine höhere Teuerung abgeschmolzen.

Gesamtwirtschaftliche Effekte

Der Blick auf die gesamtwirtschaftlichen Effekte zeigt, dass alle Vorschläge sichtbare konjunkturelle Effekte entfalten. Dabei spielen die Größenordnung und das zeitliche Profil der Programme eine Rolle.

Die Maßnahmen der CDU/CSU erhöhen das BIP im Jahr 2026 – angenommen wird, dass im Jahr 2025 keine der geplanten Maßnahmen wirksam werden – um 0,26 %. Am stärksten fallen dabei die Entlastungen bei Solidaritätszuschlag und Einkommensteuer (0,09 Prozentpunkte), Abschreibungen und Verlustverrechnung (0,07 Prozentpunkte) und den Energiekosten (0,06 Prozentpunkte) ins Gewicht (Abbildung 2). Die angefachte Konjunktur flaut indes in den darauffolgenden Jahren wieder ab, was sich in abschmelzenden Beiträgen der Maßnahmen widerspiegelt. Lediglich bei der Senkung der Unternehmensteuer nehmen die Effekte über die ersten vier Jahre zu, da jedes Jahr eine weitere schrittweise Reduktion der Steuersätze

in Kraft tritt. Zusammengenommen wird die reale Wirtschaftsleistung bis in das Jahr 2030 um 1,1 % erhöht.

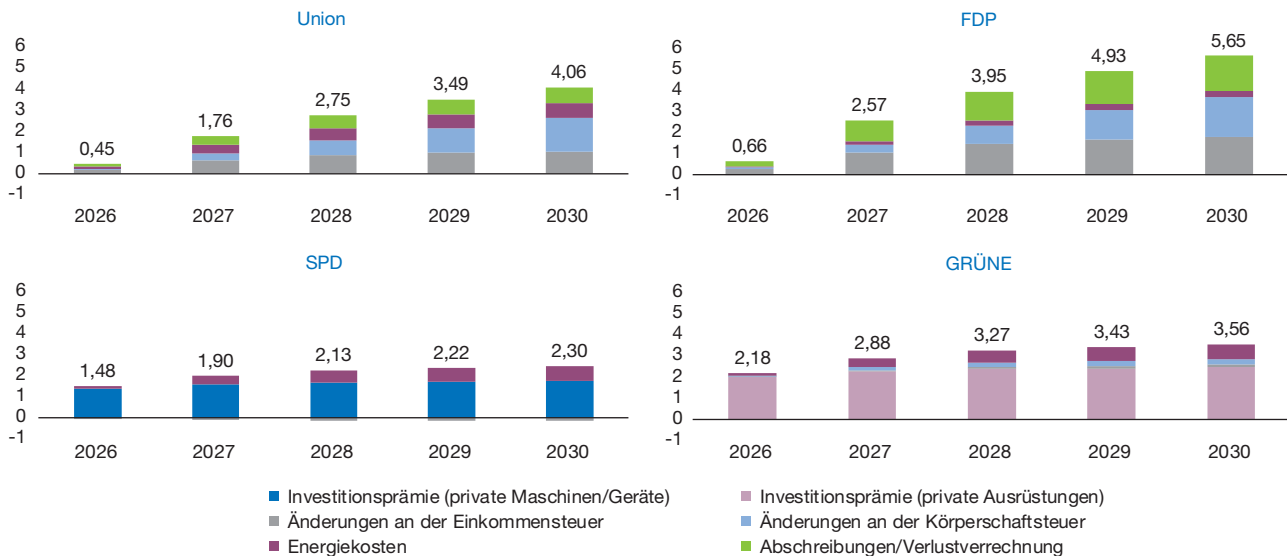
Die von der FDP vorgeschlagenen Maßnahmen würden die gesamtwirtschaftliche Leistung zunächst um 0,39 % erhöhen, da die Entlastungen bei der Einkommensteuer stärker bei den Unternehmenseinkünften zu Buche schlagen (0,16 Prozentpunkte) und auch die Erleichterungen bei Abschreibungen und der Verlustverrechnung höher angesetzt sind (0,15 Prozentpunkte). Ansonsten flaut der Konjunkturimpuls, ähnlich wie bei der Union, nur allmählich ab, da die schrittweise Senkung der Unternehmensteuern bis 2029 jährliche Zusatzimpulse liefert. Alles in allem wird die Wirtschaftsleistung über den betrachteten Fünf-Jahres-Zeitraum um 1,6 % erhöht.

Die Impulse bei den Grünen liegen anfangs mit 0,37 % nahe bei dem hohen Impuls der FDP. Die Entlastungen bei der Stromsteuer und den Netzentgelten entsprechen denen bei Union und SPD. Die Investitionsprämie entfaltet starke Effekte (0,27 % im Jahr 2026), weil sie die Investitionen sowohl über den effektiv sinkenden Anschaffungspreis als auch über einen damit steigenden Cash-Flow anregt. Die Änderungen bei der Einkommensteuer sowie die Abschaffung des Solidaritätszuschlags bei der Körperschaftsteuer fallen dagegen kaum ins Gewicht. Anders als bei Union und FDP flauen die Impulse rascher ab, da in den Folgejahren keine zusätzlichen Maßnahmen in Kraft treten. Über alle Jahre betrachtet liegt der Konjunktüreffekt bei 1,0 %.

Abbildung 3

Effekte auf die private Investitionstätigkeit in Ausrüstungen

Abweichung in % gegenüber der Baseline



Quelle: eigene Berechnungen.

Bei der SPD fällt der Effekt geringer aus: Zwar wirken die Entlastungen bei Stromsteuer und Netzentgelten wie bei Union und Grünen (und stärker als bei der FDP), neben der Investitionsprämie sind allerdings keine weiteren Entlastungen vorgesehen. Die Prämie hat jedoch spürbare Wirkung (0,19 Prozentpunkte im ersten Jahr und kumuliert 0,52 Prozentpunkte). Geringer als bei den Grünen fällt sie deswegen aus, weil sie durch die Einschränkung auf – die mutmaßlich produktiveren – Investitionen in Maschinen und Geräte auf einen geringeren Wirkungsradius zielt. Denkbar wäre, dass diese Fokussierung mit einer dynamischeren Produktivitätsentwicklung einhergeht. Aber auch ohne dies zu berücksichtigen, fällt der Gesamteffekt – trotz der geringeren Kosten – mit 0,7 % zusätzlicher Wirtschaftsleistung ähnlich aus wie bei den anderen Parteien.

Durch die kräftigere Konjunktur führen die Vorschläge aus den Wahlprogrammen zu einer etwas höheren Inflation in Deutschland. In der Spitze (im Jahr 2027) liegt die Rate um gut 0,1 Prozentpunkte (SPD) bzw. rund 0,2 Prozentpunkte (bei Union, Grünen und FDP) höher als sie ohne die wirtschaftspolitischen Impulse ausfallen würde. In den Folgejahren geht sie allmählich zurück.

Effekte auf die Investitionstätigkeit

Der Großteil der Maßnahmen zielt primär auf eine Stimulierung der privaten Ausrüstungsinvestitionen ab. Die gesamtwirtschaftlichen Effekte speisen sich aber zu einem guten Teil auch aus zusätzlichem Konsum, der durch

ausgeschüttete Cash-Flows der Unternehmen und indirekt über die stimulierte Konjunktur angeregt wird. Während dieser Effekt bereits rasch abklingt, bauen sich die realen Investitionen allmählich auf. Im Durchschnitt bis 2030 liegt der Einfluss, den die Impulse über den Konsum auf das BIP haben, trotzdem beim gut anderthalb- (SPD, Grüne) bis knapp vierfachen (FDP, Union) des Einflusses über die privaten Investitionen.

Weil die Nachfrage nach privaten Ausrüstungsinvestitionsgütern ein vergleichsweise kleines Volumen hat, fällt der Anstieg des Wachstums der Investitionen über die fünf Jahre zusammen genommen dennoch deutlich größer aus als die Veränderungen beim BIP-Wachstum und liegt im zweistelligen Bereich (SPD: 10 Prozentpunkte, Union: 13 Prozentpunkte, Grüne: 15 Prozentpunkte, FDP: 18 Prozentpunkte).

Dabei sind die Effekte bei SPD und Grünen von Anfang an hoch und nahe dem Jahresmittel von 2,0 bzw. 3,1 Prozentpunkten, überwiegend aufgrund der Investitionsprämien (Abbildung 3). Bei Union und FDP bauen sich die Effekte dagegen langsam von 0,5 bzw. 0,7 Prozentpunkten im Jahr 2026 auf 4,1 bzw. 5,7 Prozentpunkte im Jahr 2030 auf. Neben den Steuersenkungen, die sich über vier Jahre erstrecken, schlagen sich auch die zunehmenden Unternehmensüberschüsse aufgrund der Änderungen bei der Einkommensteuer und bei den Abschreibungen und Verlustverrechnungen erst nach und nach in den Investitionen nieder.

Die Ergebnisse machen deutlich, dass in der hier angestellten kurzfristigen Betrachtung von den vorgeschlagenen Maßnahmen teils spürbare kurzfristige Konjunkturreffekte ausgehen. Nicht überschätzt werden sollte indes der Einfluss auf die längerfristige Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Die aus den Maßnahmen erwachsenden Auswirkungen auf das Produktionspotenzial sind im Vergleich zu den kurzfristigen Effekten überschaubar. Dies liegt vor allem daran, dass der für das Produktionspotenzial relevante Kapitalstock mit einem Gesamtwert von über 28 Billionen Euro um ein Vielfaches größer ist als die jährliche Investitionstätigkeit. Die zusätzlichen Investitionen bewegen diese Größe deshalb kurzfristig in nur sehr geringem Maße. Dennoch schwenkt die deutsche Wirtschaft durch die Maßnahmen auf einen etwas höheren Wachstumspfad ein, woraus sich in der langen Sicht spürbare Ausweitungen der Produktion ergeben könnten.

Effizienz der Maßnahmen

Die auf unternehmerische Aktivität zielenden Maßnahmen wirken am stärksten bei der FDP, gefolgt von der Union. Zu beachten ist aber, dass die Maßnahmen mit unterschiedlichen Kosten einhergehen: Im Jahr 2026 betragen diese 28 Mrd. Euro bei der Union, 42 Mrd. Euro bei der FDP, 23 Mrd. Euro bei der SPD und 36 Mrd. Euro bei den Grünen. Über die Folgejahre steigen die Kosten auch im Zuge der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung an.

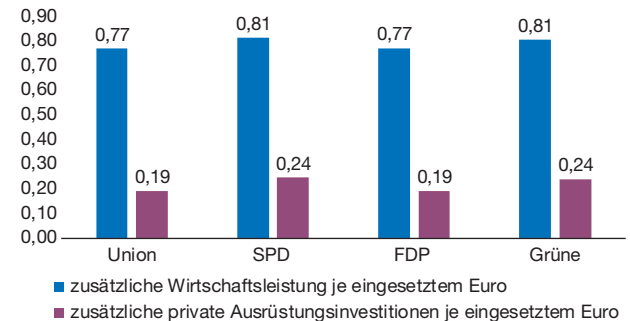
Um die Effizienz des Mitteleinsatzes zu beurteilen, sind die Erträge in Relation zu den Aufwendungen zu betrachten (Abbildung 4). Dabei ist zwischen gesamtwirtschaftlichen Effekten und denen auf die Investitionstätigkeit zu unterscheiden. Pro eingesetztem Euro erzielen Union und FDP im Mittel 0,77 Euro an zusätzlicher Wirtschaftsleistung. Bei den Grünen und bei der SPD sind es 0,81 Euro, und damit ein etwa 5 % höherer Ertrag gegenüber der Union und der FDP.³

Diesen Vorsprung erzielen Grüne und SPD mit der Investitionsprämie. Diese verschiebt im Vergleich zu den Steuerentlastungen auch die Preisrelation zugunsten der

3 Die hier dokumentierten Verhältnisse aus Erträgen und Entlastungen sind nicht unmittelbar mit gängigen Betrachtungen von Fiskalmultiplikatoren vergleichbar. Üblicherweise werden die Erträge einmaliger Impulse über einen Zeitraum von mehreren Jahren aufsummiert und ins Verhältnis zu den eingesetzten Mitteln gesetzt. In dieser Betrachtung kommen in jedem Jahr zusätzliche Impulse hinzu, deren Wirkungen dann über immer kürzere Zeiträume summiert werden. Beispielsweise dokumentieren Clemens et al. (2024), dass die mit Investitionszuschüssen an private Unternehmen zusätzlich angestoßene Wirtschaftsleistung nach fünf Jahren die eingesetzten Mittel deutlich übersteigt. Dies gilt mit Abstrichen auch für kurzfristig angelegte Konjunkturprogramme. Öffentliche Investitionsprogramme, insbesondere die mit Fokus auf Bildung und Forschung hingegen, tragen sich nach fünf Jahren selbst.

Abbildung 4

Zusätzliche Wirtschaftsleistung bzw. Investitionen je eingesetztem Euro



Quelle: eigene Berechnungen.

Kapitalbildung. Union und FDP können mit einem eingesetzten Euro zusätzliche Investitionen in Höhe von 19 Cent anschieben. Bei der SPD und bei den Grünen beträgt dieser Wert 24 Cent und liegt damit rund ein Viertel über den Werten von FDP und Union.

Die Programme der SPD und der Grünen wirken daher etwas zielgenauer mit Blick auf die Investitionstätigkeit der Unternehmen. Damit sind auch die Impulse für das längerfristige Wachstum bei diesen Programmen stärker angelegt.

Fazit

In den Wahlprogrammen der Parteien, die realistische Chancen auf eine Regierungsbeteiligung haben, stehen vor allem die Wirtschaftskrise und die ausbleibenden Investitionen im Zentrum der Vorschläge für die nächste Legislaturperiode. Dabei unterscheiden sich die Programme der Parteien in der Wahl der Instrumente, dem Umfang der Entlastungen und damit auch mit Blick auf ihre Wirkung. In diesem Beitrag wurde auf die Entlastungen für den Unternehmenssektor fokussiert.

Die kräftigsten konjunkturellen Impulse gehen dabei von den Vorschlägen der FDP und der Union aus. Dies liegt maßgeblich an der Höhe der eingesetzten Mittel. Beispielsweise plant die FDP in voller Jahreswirkung mehr als doppelt so große Entlastungen, verglichen mit den Vorschlägen der SPD, dem Programm mit den geringsten Entlastungen für die Unternehmen. Die Impulse für die Investitionstätigkeit sind bei SPD und Grünen zielgerichteter. Dort werden deutliche, um 25 % höhere Wirkungen je eingesetztem Euro erreicht als bei CDU und FDP. Dies liegt an dem gewählten Mechanismus der Investitionsprämie, der nicht nur die Erträge der Unternehmen stärkt,

sondern auch die Preise der Anlageinvestitionen kalkulatorisch senkt.

Alles in allem ist im hier betrachteten Fünfjahreszeitraum keines der Programme auch nur ansatzweise selbstfinanzierend für den Staat. Zwar fallen durch die etwas stärkere konjunkturelle Entwicklung die Steuer- und Beitrags-einnahmen wohl etwas höher aus als im Referenzszenario ohne Impulse aus den Wahlprogrammen. Die Einnahmen aus dieser zusätzlichen Wirtschaftsleistung dürften aber nicht die Ausfälle decken, die der öffentlichen Hand aus Steuersenkungen und Subventionen entstehen. Dies bedeutet, dass innerhalb des Haushalts erhebliche Umschichtungen vorgenommen oder eine Vorfinanzierung auf anderen Wegen organisiert werden muss. Das kurzfristige Potenzial zur Haushaltsumschichtung – die „freie Spitze“, also die Mittel, die nicht aus längerfristigen Verpflichtungen gebunden sind – beläuft sich auf circa 10 % des Bundeshaushalts. Bei Ländern und Kommunen dürfte diese freie Spitze geringer sein. Im Bundeshaushalt gäbe es also Gestaltungsspielraum von rund 50 Mrd. Euro (Steinbach, 2024). Hierfür müssten allerdings sämtliche anderen Vorhaben auf absehbare Zeit auf Eis gelegt werden. In Anbetracht der klima- und sicherheitspolitischen Herausforderungen ist dies herausfordernd.

Literatur

- Albig, H., Clemens, M., Fichtner, F., Gebauer, S., Junker, S. & Kholodilin, K. (2016). *Zunehmende Ungleichheit verringert langfristig Wachstum: Analyse für Deutschland im Rahmen eines makroökonomischen Strukturmodells*. Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik.
- Bach, S. (2025). *Steuerreformvorschläge der Parteien: Ambitionierte Entlastungen für arbeitende Mitte und Unternehmen treiben Defizite*. DIW aktuell, 105.
- Bündnis 90/Die Grünen. (2025). *Zusammen wachsen*. Regierungsprogramm 2025.
- CDU & CSU. (2025). *Politikwechsel für Deutschland*. Wahlprogramm von CDU und CSU.
- Clemens, M., Fratzscher, M. & Michelsen, C. (2021). Ein Investitionsprogramm zur Krisenbewältigung. *Wirtschaftsdienst*, 101(3), 168–171.
- Clemens, M., Michelsen, C. & Rieth, M. (2024). *An Estimation and Decomposition of the Government Investment Multiplier*.
- Dany-Knedlik, G., Holtemöller, O., Kooths, S., Schmidt, T. & Wollmershäuser, T. (2024). Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2024: Deutsche Wirtschaft im Umbruch. *Wirtschaftsdienst*, 104(10), 730–734.
- Dullien, S., Gerards Iglesias, S., Hüther, M. & Rietzler, K. (2024). Herausforderungen für die Schuldenbremse: Investitionsbedarfe in der Infrastruktur und für die Transformation. *IMK Policy Brief*, Nr. 168.
- FDP. (2025). *Alles lässt sich ändern*. Das Wahlprogramm der Freien Demokraten zur Bundestagswahl 2025.
- Junker, S. & Michelsen, C. (2024). Wirtschaftspolitische Unsicherheit: Investitionen bleiben aus. *MacroScope Economic Policy Brief*, 11/24.
- SPD. (2025). *Mehr für dich. Besser für Deutschland*. Regierungsprogramm der SPD.
- Steinbach, A. (2024, 23. September). *Stellungnahme zur Öffentliche Anhörung im Haushaltsausschuss des Bundestags*.
- SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. (2024). *Versäumnisse angehen, entschlossen modernisieren*. Jahresgutachten 2024/25.

Title: German Bundestag Election: Effects of the Parties' Investment Plans

Abstract: The German economy is stuck in a structural crisis, with GDP hardly rising above its pre-COVID-19 level. In the run-up to the federal election, political parties propose various incentives for private investment and disagree about the extent of the intended stimulus for the corporate sector. The article examines the overall economic effects of these measures, the impulses for investment activity and the efficiency of the instruments. While the measures envisaged by FDP and CDU/CSU have the strongest economic impulses, the measures taken by SPD and the Greens are more targeted and therefore more efficient.